

Inhaltsübersicht

1. Kapitel Einleitung

A. Untersuchungsgegenstand	21
B. Gang der Untersuchung	22

2. Kapitel Korrektur wegen neuer Tatsachen

- zur geschichtlichen Entwicklung -

A. Vom Preuß. EStG bis zur AO 1977	25
B. Folgen der geschichtlichen Entwicklung	32
C. Ergebnis der Entwicklung	35

3. Kapitel Der sachliche und zeitliche Anwendungsbereich

des § 173 Abs. 1 AO

A. Sachlicher Anwendungsbereich	37
B. Zeitlicher Anwendungsbereich	48
C. Ergebnisse zum sachlichen und zeitlichen Anwendungsbereich	53

4. Kapitel Tatsachen i.S.d. § 173 Abs. 1 AO

A. Begriffsbestimmung in der Rechtsprechung	55
B. Problemfälle	55

5. Kapitel Beweismittel i.S.d. § 173 Abs. 1 AO

A. Begriff des Beweismittels	107
B. Das Sachverständigengutachten als Beweismittel	107
C. Die Funktion von Hilfstatsachen	111
D. Ergebnis zu den Beweismitteln	112

6. Kapitel Nachträgliches Bekanntwerden

A. Einleitung	113
B. Adressat	113
C. Art des Bekanntwerdens	130
D. Dauer der Kenntniszurechnung	132
E. Zeitpunkt des Bekanntwerdens	133

7. Kapitel Steuerhöhe

A. Rechtserheblichkeit	145
B. Höhere oder niedrigere Steuer	149

8. Kapitel Gesamtergebnis

Literaturverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
1. Kapitel Einleitung	
A. Untersuchungsgegenstand	21
B. Gang der Untersuchung	22
2. Kapitel Korrektur wegen neuer Tatsachen	
- zur geschichtlichen Entwicklung -	
A. Vom Preuß. EStG bis zur AO 1977	25
I. Preuß. EStG 1891	25
II. Preuß. EStG 1906	27
III. Die Reichsabgabenordnung von 1919	27
1. Das Mantelgesetz	27
2. Die Regelung der RAO 1919	27
IV. Die Regelung der RAO 1931	28
V. Der Weg zur AO 1977	29
1. Umwege im „Dritten Reich“	29
2. Kritik an § 222 RAO 1931 durch die Literatur	30
3. Die Regelung der AO 1977	31
4. Entwicklung des § 173 AO 1977 bis heute	32
B. Folgen der geschichtlichen Entwicklung	32
I. Besteuerungsverfahren	32
II. Stellung des Steuerpflichtigen	33
III. Der Wandel im Prinzipienrang	34
C. Ergebnis der Entwicklung	35
3. Kapitel Der sachliche und zeitliche Anwendungsbereich des § 173 Abs. 1 AO	
A. Sachlicher Anwendungsbereich	37
I. Rechtswidrige Bescheide	37
II. Steuerbescheide und andere Bescheide	37
III. Die einzelnen Bescheide	38

1. Abgabebescheide	38
2. Ablehnungsbescheide	38
3. Änderungsbescheide	38
4. Artfeststellungsbescheide	39
5. Aufteilungsbescheide	39
6. Feststellungsbescheide	40
7. Fortschreibungsbescheide	40
8. Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte	40
9. Freistellungsbescheide im Körperschaftsteuerrecht	41
10. Kostenbescheide im Zollverfahren	41
a. Meinungsstand zur Anwendbarkeit des § 173 Abs. 1 AO auf Verbrauchsteuerbescheide	41
b. Kostenbescheide als Bescheide i.S.v. § 173 Abs.1 AO	42
11. Pauschalierungsbescheide	43
12. Prämienbescheide nach dem InvZulG	43
13. Steuermeßbescheide	44
14. Steuervergütungen	44
15. Teilwertbescheide	44
16. Verbrauchsteuerbescheide	45
17. Zerlegungsbescheide	45
a. Zur Anwendbarkeit des § 173 Abs. 1 AO auf Zerlegungsbescheide	45
b. Zerlegungsbescheide als Bescheide i.S.v. § 173 Abs.1 AO	46
18. Zinsbescheide	47
19. Zollbescheide	47
20. Zuteilungsbescheide	48
21. Sonstige Bescheide	48
B. Zeitlicher Anwendungsbereich	48
I. Vor Bestandskraft	49
II. Nach Bestandskraft	49
III. Nach Rechtskraft	49
1. Trennung zwischen Streit- und Entscheidungsgegenstand	50

2. Keine Trennung von Streit- und Entscheidungsgegenstand	52
3. Begrenzung auf den Entscheidungsgegenstand	52
IV. Während des Rechtsbehelfsverfahrens	53
C. Ergebnisse zum sachlichen und zeitlichen Anwendungsbereich	53
4. Kapitel Tatsachen i.S.d. § 173 Abs. 1 AO	
A. Begriffsbestimmung in der Rechtsprechung	55
B. Problemfälle	55
I. Nachgeholte Anträge und Wahlrechte	56
1. Die Sichtweise der Rechtsprechung zur nachträglichen Wahlrechtsausübung bzw. Antragstellung	56
a. Unbefristetes Wahlrecht nach § 34 Abs. 3 EStG	56
b. Befristete Anträge	57
2. Zum Meinungsstand in der Literatur - Differenzierung zwischen befristeten und unbefristeten Wahlrechten -	58
a. Unbefristete Anträge bzw. Wahlrechte	59
b. Befristete Anträge	61
3. Anträge und Wahlrechte als Tatsachen	62
a. Unbefristete Wahlrechte	62
b. Unbefristete Anträge	64
c. Befristete Anträge bzw. Wahlrechte	64
4. Ergebnis zum Nachholen von Anträgen und Wahlrechten	65
II. Bilanzielle Wahlrechte und Folgeänderungen	65
1. Keine bilanziellen Folgeänderungen aufgrund einer Korrektur nach § 173 Abs. 1 AO	67
2. Bilanzielle Folgeänderungen aufgrund einer Korrektur nach § 173 Abs. 1 AO	68
3. Tatsachen mit Wirkung für mehrere Veranlagungszeiträume	68
4. Ergebnis zu den bilanziellen Wahlrechten und Folgeänderungen	70
III. Schätzungen	70
1. Erstmalige Schätzung	71
2. Abgabe der Steuererklärung nach erstmaliger Schätzung	72

3. Schätzung nach derselben Methode	73
4. Die Unterscheidung von Fakten und Schlußfolgerungen	75
a. Unterscheidung bei der erstmaligen Schätzung	75
b. Unterscheidung bei der Abgabe der Steuererklärung nach erstmaliger Schätzung	75
c. Unterscheidung bei der Schätzung nach derselben Methode	76
5. Ergebnis zu den Schätzungen	76
IV. Verfassungswidrigkeit von Steuergesetzen	76
1. Gesetzliche Neuregelung als Tatsache	77
2. Keine Anwendbarkeit von § 173 Abs. 1 AO bei gesetzlicher Neuregelung	78
a. Sichtweise des BFH und anderer Finanzgerichte	78
b. Ansichten im Schrifttum	79
3. Keine korrekturauslösenden Tatsachen aufgrund der Verfassungswidrigkeit von Steuergesetzen	81
a. Zur Tatsacheneigenschaft einer gesetzlichen Neuregelung	82
b. Zur Tatsacheneigenschaft des Kindesunterhaltes	83
4. Ergebnis zur Verfassungswidrigkeit von Steuergesetzen	84
V. Vorgreifliche Rechtsverhältnisse	84
1. Begriffsklärung	84
2. Meinungsstand zu den vorgreiflichen Rechtsverhältnissen im deutschen Steuerrecht	85
a. Die Judikatur	85
b. Ansichten in der Literatur	88
c. Qualifizierung vorgreiflicher Rechtsverhältnisse aus dem deutschen Steuerrecht	89
aa. Die Behandlung vorgreiflicher Rechtsverhältnisse aus ein und demselben Besteuerungsverfahren	90
bb. Die Behandlung vorgreiflicher Rechtsverhältnisse aus unterschiedlichen Besteuerungsverfahren	91
cc. Vorgreifliche Rechtsverhältnisse an die sich ein Passivierungswahlrecht knüpft	93

d. Ergebnisse zu den vorgreiflichen Rechtsverhältnissen aus dem deutschen Steuerrecht	94
3. Urteile der Finanzgerichtsbarkeit über vorgreifliche Rechtsverhältnisse	94
4. Vorgreifliche Rechtsverhältnisse aus dem ausländischen Steuerrecht	95
a. Keine Tatsache	96
b. Wertung als Tatsache	97
c. Ausländische Rechtsfolge als Tatsache	97
d. Ergebnis	99
5. Sonstige vorgreifliche Rechtsverhältnisse	99
a. Zum Meinungsstand	100
b. Differenzierung nach der Entscheidungsbehörde	101
aa. Entscheidung durch die Finanzbehörde	101
bb. Entscheidung durch andere Behörden	101
(1) Entscheidungen ohne Bindungswirkung	101
(2) Entscheidungen mit konstitutiver Wirkung	102
(3) Entscheidungen durch Grundlagenbescheide	103
c. Ergebnis zu den sonstigen vorgreiflichen Rechtsverhältnissen	103
VI. Innere Tatsachen	103
1. Subjektive Tatbestandsmerkmale	103
2. Die Absicht als Tatsache	104
3. Ergebnis zu den inneren Tatsachen	105
VII. Hilfstatsachen	105
VIII. Zusammengesetzte Tatsachen	106
5. Kapitel Beweismittel i.S.v. § 173 Abs. 1 AO	
A. Begriff des Beweismittels	107
I. Bedeutung im allgemeinen Sprachgebrauch	107
II. Begriffsbestimmung durch die Rechtsprechung	107
B. Das Sachverständigengutachten als Beweismittel	107
I. Meinungsstand zum Sachverständigengutachten als Beweismittel	108
II. Beweismittel als selbständiges Tatbestandsmerkmal	109

C. Die Funktion von Hilfstatsachen	111
D. Ergebnis zu den Beweismitteln	112
6. Kapitel Nachträgliches Bekanntwerden	
A. Existente, aber unbekannte Tatsachen	113
B. Adressat	113
I. Kenntnis der Finanzbehörde	113
II. Kenntniserlangung der Finanzbehörde	114
1. Kenntnis der Dienststelle	114
2. Meinungsstand in der Literatur	115
a. Noch herrschende Meinung	115
b. Mindermeinung	116
III. Kenntniszurechnung anderer Dienststellen	117
1. Kenntniszurechnung einer unzuständigen Dienststelle	117
2. Kenntniszurechnung des Außenprüfers	118
3. Kenntniszurechnung bei GNOFÄ - Ämtern	119
IV. Kritik an Rechtsprechung und Literatur	120
V. Kenntniszurechnung mit Eintritt in den Machtbereich	121
1. Die Kenntnisnahme der Finanzbehörde nach § 171 Abs. 8 AO	121
2. Kenntniszurechnung gegenüber der Finanzbehörde nach § 79 Abs. 1 Nr. 4 AO	122
3. Kenntniszurechnung in anderen Rechtsgebieten	122
a. Kenntniszurechnung im Verwaltungsrecht - Meinungsstand -	122
b. Kenntniszurechnung im Zivilrecht - Meinungsstand -	123
c. Möglichkeiten der Übertragung von Lösungen aus anderen Rechtsgebieten	124
d. Übertragung von Rechtsgedanken aus anderen Rechtsgebieten	126
4. Schlußfolgerungen für § 173 Abs. 1 AO	127
a. Kenntniszurechnung nach Risikosphären	127
b. Kenntniszurechnung nach dem Sinn und Zweck des § 173 Abs. 1 AO	128
VI. Ergebnis zum Adressaten des nachträglichen Bekanntwerdens	130

C. Art des Bekanntwerdens	130
I. Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	130
II. Unterscheidung zwischen schriftlicher und mündlicher Mitteilung	131
III. Ergebnis	132
D. Dauer der Kenntniszurechnung	132
E. Zeitpunkt des Bekanntwerdens	133
I. Zum Bekanntwerden von Tatsachen	133
1. Zeitpunkt der abschließenden Zeichnung	134
2. Der Zeitpunkt nach § 169 Abs. 3 Nr. 1 AO	136
3. Festlegung des Zeitpunktes entsprechend der ratio legis des § 173 Abs. 1 AO	137
4. Ergebnis	140
II. Beweismittel	140
1. Existente Beweismittel	140
2. Berücksichtigung nachträglich entstandener Beweismittel	141
3. Enge Auslegung des § 173 Abs. 1 Satz 1 AO	142
4. Ergebnis	143
7. Kapitel Steuerhöhe	
A. Die Rechtserheblichkeit i.S.v. § 173 Abs. 1 AO	145
I. Berücksichtigung von Rechtserkenntnissen zum Zeitpunkt der Erstveranlagung	145
II. Berücksichtigung späterer Rechtserkenntnisse	147
III. Die Sphären des Tatsächlichen und des Rechtlichen	148
IV. Ergebnis	148
B. Höhere oder niedrigere Steuer	149
I. Zur grundsätzlichen Verfahrensweise	149
II. Die Anrechnung bereits geleisteter Zahlungen	149
III. Schätzungsfälle	151
1. Zur Frage einer Gesamtwürdigung	151
a. Notwendigkeit einer Gesamtwürdigung	152
b. Ergebnis	153
2. Zur Möglichkeit einer erneuten Schätzung	153

3. Zur Möglichkeit des Wechsels der Schätzungsmethode	154
a. Rechtmäßige Schätzungslandwirte	155
b. Sonstige Steuerpflichtige	156
c. Voraussetzungen für den Methodenwechsel bei den sonstigen Steuerpflichtigen	157
d. Besonderheiten bei den rechtmäßigen Schätzungslandwirten	158
e. Ergebnis zu den Schätzungsfällen	159
IV. Weitere Problemfälle	159
1. Freistellungsbescheide	159
2. Nichtveranlagungsverfügung	159
3. Feststellungsbescheide	161
a. Änderung der Gewinnhöhe	161
b. Änderung der Beteiligungsquote	161
4. Artfeststellungsbescheide	163
5. Zerlegungsbescheide	164
6. Rechtserheblichkeit bei den sonstigen Problemfällen	166
a. Freistellungsbescheide	166
b. Nichtveranlagungsverfügung	166
c. Grundlagenbescheide	167
aa. Grundlagenbescheide, die nur einen Steuerpflichtigen betreffen	167
bb. Einheitliche Grundlagenbescheide	168
V. Ergebnis zu den sonstigen Problemfällen	169
8. Kapitel Gesamtergebnis	171
Literaturverzeichnis	175